

Hinweis:**Bescheinigungen sind gebührenpflichtig !!!**

Bitte füllen Sie den Antrag vollständig aus und fügen alle erforderlichen Nachweise/Belege bitte in Kopie bei! Dies erleichtert die zeitnahe Entscheidung über Ihren Antrag! Alle erhobenen Daten dieses Vordrucks werden ausschließlich für den jeweiligen Zweck benötigt und unterliegen den datenschutzrechtlichen Vorschriften. Bitte beachten Sie hierzu die Hinweise auf Seite 3.

An: **Stadt Gummersbach**
 Der Bürgermeister
 FB 6.3 - Wohnungswesen
 Rathausplatz 1
 51643 Gummersbach

Eingangsstempel

A N T R A G auf Ausstellung eines/einer

- allgemeinen Wohnberechtigungsscheines** nach dem Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW)
- gezielten Wohnberechtigungsscheines** nach dem Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum für das Land Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) (siehe Rückseite unter V.)
- Einkommensbescheinigung** gemäß § 2 Abs. 3 der **1. Zinsverordnung bzw. zwecks Zinssenkung** für den am _____ beginnenden Zahlungsabschnitt (Originalschreiben der NRW-Bank beifügen!)

1. Antragsteller/-in:

Name, Vorname
Derzeitige Anschrift (Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort)
Telefon-Nr.: (wichtig für Rückfragen!) E-Mail:

2. Haushaltsangehörige Personen: (es sind alle Personen anzugeben, die innerhalb von 6 Monaten einziehen werden!)

Nr.	Familiennamen	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Staatsangehörigkeit	Familienstand	Art des Einkommens (bitte alle Einkünfte angeben!)
1	Antragsteller/-in						
2							
3							
4							
5							
6							

Weitere Personen sind auf einem gesonderten Blatt anzugeben!

Wichtig !!!

Für alle Personen, die derzeit nicht in Gummersbach gemeldet sind, bitte **aktuelle erweiterte Meldebescheinigungen** beifügen! Für alle Personen sind die **Einkünfte der letzten 12 Monate** nachzuweisen! Bitte bei Einkünften aus nichtselbständiger Arbeit eine gesonderte **Einkommenserklärung (Vordruck) vom Arbeitgeber** ausfüllen lassen. Wird kein Einkommen erzielt, ist eine gesonderte **Erklärung zum Antrag (Vordruck)** auszufüllen!

Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit:

Für Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, ist ein gültiges Aufenthaltspapier/Pass vorzulegen, das bei Antragstellung mindestens 12 Monate Gültigkeit hat!

Familienname, Vorname	in der BRD wohnhaft seit	Gültigkeitsdauer des Aufenthaltstitels	Wohnsitzbeschränkung (Zusatzblatt) Ja + Ort / Nein

3. Derzeitige Wohnverhältnisse:

öffentlich geförderte Wohnung frei finanzierte Wohnung

- Wohnen im elterlichen Haushalt
- Unterkunft für Flüchtlinge / Asylbewerber
- Frauenhaus / Notunterkunft für Obdachlose

- Mieter einer Mietwohnung
- Eigenheim / Eigentumswohnung
- Sonstiges _____

4: Gründe für den Wohnungswechsel:

- zu kleine Wohnung
- zu hohe Kaltmiete
- unzureichende Ausstattung
- schlechtes Wohnumfeld
- Umzug in/aus andere/r Stadt/Gemeinde
- bauliche Mängel/Schäden der Wohnung
- Verkehrsanbindung/Versorgungsmöglichkeit
- Bewerber Seniorenwohnung

- zu große Wohnung
- zu hohe Neben-/Heizkosten
- Lage der Wohnung
- Trennung / Scheidung
- barrierefreie/alters-/rollstuhlgerechte Whg. erforderlich
- Kündigung durch Vermieter / Räumungsurteil
- ohne eigene Wohnung
- Sonstige Gründe: _____

5. Nähere Bezeichnung der neuen Wohnung:

(nur ausfüllen, wenn bekannt ist, welche Wohnung bezogen werden soll)

Name der/des Verfügungsberechtigten/Vermieter/-in

- Für den Fall eines gezielten Wohnberechtigungsscheines ist die „Einverständniserklärung des/der zukünftigen Vermieters/ Vermieterin“ beizufügen! -

Geförderte Wohnung (Straße, Haus-Nr., Postleitzahl, Ort)				
Anzahl der Wohnräume	Arbeitsküche	Wohnküche	Wohnungs-Nr. (laut Förderbescheid)	Wohnfläche insgesamt qm
Voraussichtlicher Mietbeginn / Einzugsdatum				

6. Zugehörigkeit zu einem begünstigten Personenkreis:

- Kinderreiche Familie
- Studierende/r
- junges Ehepaar

- Schwerbehinderte und Gleichgestellte
- Flüchtlinge, Aussiedler, Zuwanderer
- Schwangere (Mutterspass beifügen)

- Ältere Personen (über 60 Jahre)
- Alleinerziehende/r
- _____

7. Einkommensveränderungen:

Ist zu erwarten, dass sich das Einkommen einer haushaltsangehörigen Person in den nächsten 12 Monaten erhöht / verringert?

Ja (fügen Sie bitte entsprechende Nachweise hinzu!)

nein

8. Ich beantrage die Berücksichtigung folgender Frei- und Abzugsbeträge:

1. wegen Vorliegens einer **Schwerbehinderung** eines **Pflegegrades**
Name der betroffenen Person(en): _____
(Bitte Kopie des/der Schwerbehindertenausweise(s) bzw. Pflegebescheid(e) beifügen!)
2. für **Junge Ehepaare**, da keiner der Ehegatten im Antragszeitpunkt / am Stichtag das 40. Lebensjahr vollendet hat und nach dem Jahr der Eheschließung noch keine 5 Kalenderjahre vergangen sind.
Datum der Eheschließung: _____ (Bitte Kopie der Heiratsurkunde beifügen!)
3. wegen **Kinderbetreuung** für folgende(s) Kind(er) unter 12 Jahren, für das/die **ich als mit dem Kind / den Kindern allein zusammen lebende Person** Kindergeld beziehe und wegen Erwerbstätigkeit / Ausbildung nicht nur kurzfristig vom Haushalt abwesend bin.
Name des/der Kindes/Kinder: _____ (Bitte Nachweise beifügen!)
4. wegen **eigenem Einkommens des/der** zum Haushalt rechnenden **Kindes / Kinder**, die das **25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben**.
Höhe und Empfänger der Aufwendungen: _____ (Bitte Nachweise beifügen!)
5. wegen Aufwendungen zur **Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen**.
Höhe und Empfänger der Aufwendungen: _____
(Bitte Festsetzungsbescheid / Titel / Urteil und Kontoauszüge beifügen!)

9. Erklärung:

Hiermit versichere ich, dass alle vorstehend gemachten Angaben und die Angaben zu meinen Einkommensverhältnissen in der Anlage beigefügten Einkommensnachweisen richtig und vollständig sind. Ich nehme zur Kenntnis, dass falsche Angaben als mittelbare Falschbeurkundung nach § 271 Strafgesetzbuch (StGb) unter Umständen als Betrug nach § 263 StGb verfolgt und bestraft werden können.

Seit dem 25. Mai 2018 gilt mit der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) ein neuer Rechtsrahmen für den Datenschutz in Deutschland und der Europäischen Union. Sowohl die neue DS-GVO als auch das Gesetz zur Förderung und Nutzung von Wohnraum in Nordrhein-Westfalen (WFNG NRW) enthalten Vorschriften zur Datenverarbeitung und zu den Rechten von betroffenen Personen. Daher werden Sie auf Folgendes verwiesen:

Zur Durchführung des WFNG NRW bzw. zur Ermittlung der für das Ausstellen eines Wohnberechtigungsscheines/Einkommensbescheinigung zwecks Zinssenkung maßgeblichen Verhältnisse, werden Ihre Daten manuell bzw. automatisiert verarbeitet (d.h. insbesondere: erhoben, erfasst, geordnet, gespeichert und übermittelt; vgl. Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e und Artikel 4 Nr. 2 DS-GVO, § 25 WFNG NRW). Ihr Amt für Wohnungswesen ist hierbei „Verantwortliche“ im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 DS-GVO.

Daher erkläre ich mich ausdrücklich damit einverstanden, dass,

- mein Name, meine Anschrift und meine Telefonnummer bei möglicher Beschaffung einer Wohnung an Vermietter freigemeldeter Wohnungen weitergeleitet werden dürfen.
- das Amt für Wohnungswesen, zur Klärung der weiteren Verlängerung meines Aufenthaltstitels oder der Aufenthaltstitel meiner Haushaltsangehörigen, personenbezogene Daten aus dem Antrag auf Erteilung eines Wohnberechtigungsscheines / einer Einkommenserklärung zwecks Zinssenkung an die zuständige Ausländerbehörde weiterleiten darf. Zur schnelleren Bearbeitung meines Antrages bin ich damit einverstanden, dass die zuständige Ausländerbehörde personenbezogene Daten über meine oder unsere Aufenthaltstitel direkt an das Amt für Wohnungswesen weiter gibt.

Hiermit bestätige ich als Antragstellender, dass ich durch alle im Antrag aufgeführten Personen zur Antragstellung bevollmächtigt bin.

Ort, Datum

Unterschrift der Antragstellerin/des Antragstellers

Allgemeine Informationen

Für Rückfragen und Auskünfte stehen Ihnen die Mitarbeiter/-innen des Amtes für Wohnungswesen wie folgt zur Verfügung:

telefonisch:	per E-Mail:	Vorsprache:
Tel.: 02261-871512 sowie Tel.: 02261-872512	wohnungsamt@gummersbach.de	Zimmer 12 Erdgeschoss, Rathaus
Mo., Di., Do., Fr.: 8 – 12 Uhr Mo., Di.: 14 – 16 Uhr Do.: 14 – 17 Uhr		Mo., Di., Do., Fr.: 8 -12 Uhr Do.: 14 - 17 Uhr
Mi.: geschlossen		Mi.: geschlossen

Information „Antragsunterlagen“

Relevant sind die Einkünfte der letzten 12 Monate aller Personen!! Bitte fügen Sie dem Antrag entsprechende Unterlagen in Kopie bei. Die folgende Aufstellung dient lediglich als Information, welche Unterlagen häufig benötigt werden. Im Einzelfall können weitere Nachweise erforderlich sein. Die Aufstellung entbindet Sie nicht von Ihrer Mitteilungs- und Aufklärungspflicht!

Einkommen:

- bei Arbeitnehmern: Verdienstbescheinigung des Arbeitgebers (Vordruck)
- bei Rentnern/Pensionären: aktuellen Rentenbescheid über Altersrente, Erwerbsunfähigkeitsrente, Hinterbliebenenrente (Witwen-/Waisenrente), Werks-/Betriebsrente, Pension
- bei Auszubildenden: Ausbildungsvertrag sowie Lohnabrechnungen von 3 Monaten
- bei Einnahmen aus selbständiger Tätigkeit: Einkommenssteuerbescheid des Vorjahres oder Gewinn- und Verlustrechnung/Bilanz für Vorjahr vom Steuerberater abgestempelt und unterschrieben
- Nachweis über Unterhaltsleistungen (Kindes-/Ehegattenunterhalt): Festsetzungsbescheid, Urteil, Berechnung Anwalt, Kontoauszüge von 3 Monaten, ggfls. Nachweis der Zahlungsunfähigkeit des Unterhaltspflichtigen
- Bescheide über Leistungen der Agentur für Arbeit (ALG I)
- Bescheide des Jobcenters mit Berechnungsbögen (ALG II)
- Kindergeldbescheid mit aktuellem Kontoauszug
- Elterngeldbescheid
- Nachweis über den Erhalt Mutterschaftsgeld (Vordruck)
- Nachweis über den Erhalt von Krankengeld (Vordruck)
- Bewilligungs-/Ablehnungsbescheid über Ausbildungsförderung (BAföG, BAB, Meisterbafög)
- Bescheid über Übergangsgeld oder Überbrückungsgeld
- Nachweis über den Erhalt von Pflegegeld
- Bescheid über Grundsicherungsleistungen mit Berechnungsbögen
- Bescheid über Asylbewerberleistungen mit Berechnungsbögen
- bei Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung: Mietvertrag sowie Kontoauszüge von 3 Monaten Miete

Ausgaben:

- bei privaten Sozialversicherungen (Kranken-/Pflegeversicherung, Lebens-/Rentenversicherung): Police sowie Kontoauszüge der letzten drei Monate, auf denen die Beitragszahlungen ersichtlich sind
- Erklärung über Aufwendungen zur Erfüllung gesetzlicher Unterhaltsverpflichtungen (Vordruck) sowie Kontoauszüge der letzten drei Monate als Nachweis über die Zahlung sowie Titel/Urteil über die Unterhaltsfestsetzung
- für die Berücksichtigung erhöhter Werbungskosten den Einkommenssteuerbescheid des Vorjahres

Sonstiges:

- Einverständniserklärung des/der zukünftigen Vermieters/Vermieterin
- Anschreiben der NRW Bank bei Zinssenkungsanträgen
- Schulbescheinigung bei Kindern ab 16 Jahren sowie Einkommenserklärung (Vordruck)
- Studienbescheinigung bei Studenten sowie Einkommenserklärung (Vordruck)
- Schwerbehindertenausweis / Nachweis Pflegegrades
- aktuelle erweiterte Meldebescheinigung sofern Gummersbach nicht Ihr Hauptwohnsitz ist
- gültiger Aufenthaltstitel (ggfls. mit Zusatzblatt)
- Mutterpass
- Oberberg Pass
- bei Wohnraummehrbedarf Krankheit: ärztliches Attest
- bei Wohnraummehrbedarf Besuchsrecht: Nachweis Besuchsrecht (Jugendamt, Anwalt, Urteil, Bestätigung des anderen Elternteils)
- bei Alleinerziehenden: Nachweis Kinderbetreuungskosten (Kindergarten, OGS)